

**Temelin....  
Die neue Familie  
Egger Lienz Ausstellung  
Anti- Beitritts- Volksbegehren**

**Lieber gleich berechtigt  
als später**



**DIE GRÜNEN**

Grüne Tulln - Ökologisches Bürgerforum

Ungefähr an die hundert Jahre kann es noch dauern, bis der Frauenanteil bei den Führungsjobs im Landesdienst 50% ausmacht.

Vorausgesetzt, die Entwicklung verläuft linear und entsprechend den Zielsetzungen von Landesvize Liese Prokop, die sich für diese Legislaturperiode das „ehrgeizige“ Ziel gesetzt hat, den Anteil der Frauen an Topjobs im Land von derzeit rund 2% auf 4% zu erhöhen. Bei nur 2% mehr alle vier Jahre müssen die Frauen schon noch Geduld haben....

Frauenpolitik wird in Niederösterreich

## Klischees...

traditionell klein geschrieben. Auf das Stichwort Frauen folgt im politischen Wordrap der meisten unweigerlich „Kinder“ oder „Familie“ und dann hat sich's. Daran hat weder das niederösterreichische Gleichbehandlungsgesetz etwas geändert noch die Verpflichtung zum Gender-Mainstreaming entsprechend den Regelungen der EU.

Gender-Mainstreaming sieht vor, dass jede Entscheidung, quer durch alle Ressorts, immer daraufhin überprüft werden muss, wie ihre - häufig unterschiedlichen - Auswirkungen für Frauen und Männer sind. Es ist inzwischen fast schon eine Binsenweisheit, dass sich Frauen heute nicht zwischen Familie oder Beruf entscheiden (müssen) wollen. Sie wollen beides. Gut vereinbar. Derzeit geht das meistens schlecht. Die Strukturen am Ar-

## Lieber gleich berechtigt als später!

beitsplatz sind zu unflexibel, Betreuungspflichten bleiben häufig allein an der Frau hängen und sind mit Regelarbeitszeiten schwer zu vereinbaren. Gerade in Niederösterreich ist mangelnde Mobilität für Frauen noch ein zusätzliches Hindernis, Job und Sonstiges unter einen Hut zu bekommen.

Alles zusammen schlägt sich in einer geringeren Erwerbsquote von Frauen nieder, die noch dazu überdurchschnittlich oft in prekären Arbeitsverhältnissen (wie zum Beispiel geringfügiger Beschäftigung oder Zeitarbeit) stecken.

Die anhaltende und nach wie vor wachsende Einkommensschere zwischen Frauen und Männern ist auch heute noch Ursache, dass Frauen im Schnitt um ein Drittel weniger verdienen als Männer in vergleichbaren Jobs. Auch Arbeitslosigkeit und hier vor allem wieder Langzeitarbeitslosigkeit trifft Frauen stärker als Männer. Die Lage ist nicht besonders rosig für die Frauen.



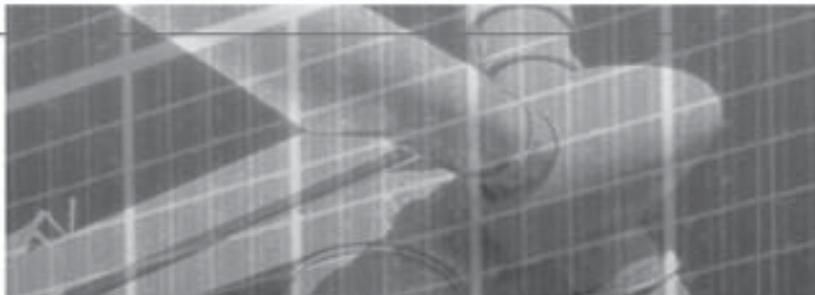
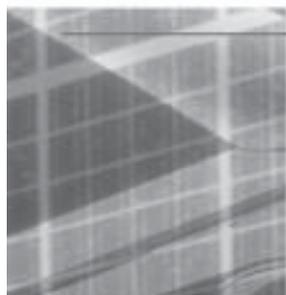
Abg. z. NÖLtg. Mag<sup>a</sup>  
Brigid Weinzinger

## Was ist also zu tun?

Frauenpolitik muss in Niederösterreich erst einmal eingeführt und dann konsequent betrieben werden. Das erfordert ein Sprengen der festgefahrenen Bilder im Kopf - von der Frau, die fürs Soziale zuständig ist und sich um Kinder und Haushalt kümmert, und vom Mann, der als Familienerhalter arbeitet und sich höchstens noch um Keller und Garage kümmert.

Rollenklischees abbauen und Frauen mehr Chancen und mehr Möglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben zu eröffnen, müssen daher vorrangige Ziele für Grüne Frauenpolitik sein.

Mag<sup>a</sup> Brigid Weinzinger



**oekostrom**

Ökostrom aus Wind, Sonne, Biomasse, ...  
Wir liefern schon jetzt!

**Steigen Sie um!**

# Die „neue“ Familie



Abg. z. NR MMag<sup>o</sup> Dr.  
Madeleine Petrovic



Für mich sind die wirklich neuen Familien diejenigen, in denen Pflichten, Rechte und Freuden des Familienlebens gleichberechtigt auf die Familienmitglieder verteilt sind

Das, was herkömmlich als „neue“ Familie (und von manchen auch negativ als die „Auflösung“ der herkömmlichen Familienform) bezeichnet und verstanden wird, ist meiner Meinung nach nicht neu: denn beispielsweise Allein-erzieherInnen oder auch sog. „Patchwork“-Familien hat es immer schon gegeben - bloß waren diese Familienformen in der Öffentlichkeit nicht sichtbar, sie führten ein Schattendasein.

Jahrzehntelang hat die Politik nur jene Familien zum Thema gehabt und propagiert, die nach dem konservativen „Breadwinner“-Modell funktionierten: der Ehemann verdient auf dem Erwerbsarbeitsmarkt das Geld für die ganze Familie - die Ehefrau führt den Haushalt und erzieht die Kinder.

Dass dieses Modell kein gleichberechtigtes ist, weil es beide Geschlechter einengt und auf bestimmte Aufgaben fixiert (die gesamtgesellschaftlich gesehen den Frauen massive Nachteile bringen und sie vom Ehemann finanziell abhängig machen) und daher heute tatsächlich im-

mer seltener so gelebt wird, sehe ich persönlich als eine positive Entwicklung.

Woran meiner Meinung nach noch viel gearbeitet werden muss (auch in der Politik, um bessere Rahmenbedingungen dafür zu schaffen), und was das positive „Neue“ in den Familien für mich ist, das ist die gleichberechtigte Aufgabenteilung, das Loslösen von eingefahrenen Rollenstereotypen für Frauen und Männer.

Einerseits die stärkere Erwerbsbeteiligung und Karriereorientiertheit von Frauen, andererseits die stärkere Familienbezogenheit und Haushaltsversorgung durch die Männer. Und: eine Politik, die die Vereinbarkeit von Berufsleben und Familienleben für beide Geschlechter ermöglicht!

Es freut mich persönlich sehr, zu sehen, dass immer mehr Familien dieses Modell leben.

MMag<sup>o</sup> Dr.  
Madeleine Petrovic



<http://www.gruene.at>



Gemeinderätin Liane Marecsek

## Liebe Freundinnen und Freunde!

Wir erleben derzeit einen Wandel der Geschlechterordnung. Sie war um eine Familie organisiert, in der weitgehend nur die männliche Arbeit bezahlt und die der Frauen unentgeltlich war.

Die Politik unseres Staates basiert immer noch auf diesen Annahmen, die immer weniger mit dem Leben und dem Selbstverständnis vieler Menschen übereinstimmen. Sie teilt Menschen in Erwerbstätige und Bittsteller. Jedoch auf dem Arbeitsmarkt bieten heute nur wenige Arbeitsplätze ein Einkommen, das für den Unterhalt einer Familie ausreichend ist. Noch schlimmer ist es bei befristeten oder Teilzeitarbeitsplätzen. Immer mehr Frauen gehen einer Erwerbsarbeit

nach – wengleich sie wesentlich schlechter bezahlt werden als Männer.

Die Familien weisen heute eine größere Vielfalt auf. Paare heiraten seltener und später und lassen sich häufiger und früher scheiden.

Eine wachsende Zahl von AlleinerzieherInnen – fast ausschließlich Frauen, die entweder geschieden sind oder nie verheiratet waren, kämpft darum, sich und ihre Familien durchzubringen. Die alten Formen des Wohlfahrtsstaates sind nicht

mehr geeignet, einen angemessenen sozialen Schutz zu ge-

währleisten.

Wir brauchen daher Ideen und Visionen für die Zukunft. Ich lade Sie daher herzlichst zur Diskussion „Die neue Familie“ ein.

Mit uns diskutiert eine, die es wissen muss: Mag. Mag. Dr. Madeleine Petrovic, NÖ Nationalrats-Abgeordnete, Frauensprecherin der Grünen und Mutter zweier Kinder.

**Wann:**

**Mittwoch, 5.12.2001**

**Wo:**

**Stadtsaalrestaurant  
Clubraum,  
Tulln, Nussallee 4**

**Uhrzeit:**

**19.00 Uhr**

GR<sup>o</sup> Liane Marecsek

## Anti-Atom-Politik

### Das Anti-Beitritts-Volksbegehren

Es mag auf den ersten Blick eigenartig erscheinen, dass die Grünen ein Volksbegehren gegen Temelin (Eigendefinition der FPÖ) nicht unterstützen. Wenn man die Sache jedoch näher betrachtet, gibt es jedoch zwei ganz gravierende Fehler:

1. Ein Volksbegehren ist ein Instrument der direkten Demokratie, bei dem das Volk etwas begehren kann, dass die derzeitige Regierung nicht haben will. So ein Volksbegehren kostet eine Menge Geld und sollte also nur im Notfall eingesetzt werden. Regierungsparteien haben im Parlament eine Mehrheit und können ohnehin alles beschließen (ausgenommen Verfassungsände-

rungen, die eine 2/3 MH benötigen, wie z.B. die Abschaffung der Neutralität u.a.) was sie wollen. Nun hat die FPÖ, als Regierungspartei ein Volksbegehren initiiert, anstatt zu „regieren“. Sie mißbraucht dabei das „Volk“ weil sie sich anscheinend bei ihrem Koalitionspartner nicht durchsetzen kann. Ganz besonderen Mißbrauch treibt die FPÖ da-



bei mit den Gefühlen der Menschen in Österreich, die ja fast alle gegen Temelin und groß-teils auch gegen alle Atomkraftwerke sind, und denen dann unterstellt werden könnte, wer nicht unterschreibt ist für Temelin.

2. Mit einem Veto kann man sehr wohl den Beitritt eines Landes verhindern, die Schließung von Temelin jedoch nicht, sehr wahrscheinlich wird sie dadurch erschwert oder ganz verhindert.

Natürlich kann man Beitrittsverhandlungen auch dazu nutzen, möglichst viele Probleme anzusprechen und womöglich auch zu lösen.

Wichtig ist jedoch für die Grünen, dass egal ob Tschechien in der EU ist oder nicht, der Ausstieg aus der Atomenergie europaweit - ja weltweit - mit voller Kraft vorangetrieben wird, und dass insbesondere Österreich dabei eine Vorreiterrolle einnimmt. Dazu braucht man kein Volksbegehren, jede kluge Regierung kennt diesen legitimen Wunsch der Österreicher und Österreicherinnen.

*Erika Simané*

### Temelin - Diskussion ohne Ausweg?

Das Kernkraftwerk Temelin ist derzeit in der politischen Diskussion in aller Munde. Interessanterweise hat auch die FPÖ ein Umweltschutzthema entdeckt. Sie verknüpft das ganze extrem populistisch mit der Frage der Osterweiterung der EU.

Wir Grünen akzeptieren diese Verknüpfung nicht. Darauf hin wurden wir in der letzten FPÖ-Aussendung als Temelinbefürworter bezeichnet. Das ist natürlich lächerlich und wir weisen diese Behauptung auf das Schärfste zurück. Denn wenn eine Partei tatsächliche und glaubwürdige Anti-Atom-Politik leistet, dann sind es die Grünen.

Der einzige Ausweg in der ganzen Temelin-Diskussion ist es, einerseits Tschechien volle Unterstützung für den EU-Beitritt zu signalisieren, aber zugleich die Verhandlungen über das Energiekapitel offen zu lassen. Die EU-Beitrittsverhandlungen mit Tschechien werden frühestens Ende 2002 abgeschlossen sein. Es gibt daher keinen Grund, diesen Verhandlungszeitraum nicht voll auszunutzen.

Nach Ansicht der Umweltsprecherin der Grünen, Eva Glawischnig, ist ein Ab-

schluss des Energiekapitels derzeit absolut unverantwortlich. Glawischnig erinnert in diesem Zusammenhang an die Empfehlungen des jüngsten österreichischen Expertenberichtes, wonach die Sicherheitsmängel so schwerwiegend sind, dass der Reaktor nicht einmal den Testbetrieb hätte aufnehmen dürfen. Glawischnig: „Die Bundesregierung darf die Option Stilllegung von Temelin jetzt nicht aufgeben. Das Druckmittel Energiekapitel muss weiter genutzt werden, um auf einen Durchbruch in Richtung Ausstieg zu drängen.“ Außer Temelin gibt es aber noch eine Reihe anderer Atomkraftwerke in Osteuropa.

Sie alle laufen im Vollbetrieb und sind teilweise mindestens so unsicher wie Temelin. Das Ziel der Grünen ist daher auch in Zukunft: Ein Europa ohne Atomstrom!

*GR Mag Rainer Patzl*

**Die meisten  
schönen Schuhe sind  
nette kleine  
Folterkammern.**



Gut zu Fuß sein und trotzdem mit der Zeit gehen: im ebenso fußgerechten wie schönen Schuh. Sie werden sehen: Unsere Auswahl hat Hand und Fuß.

**GEA**  
GehenSitztenLiegen

seit 7 Jahren in Tulln

3430 Tulln, Frauentorgasse 9, Tel.: 02272 66701



## Tulln im Bild

### Zuckerfabrik

Seit zwei, drei Jahren hat die Geruchsbelästigung durch die Zuckerfabrik stark zugenommen. Einerseits die Becken entlang der B19, andererseits auch die Klärbecken bei der Zuckerfabrik. stinken fürchterlich nach Fäulnis. Durch die Geruchsbelästigung hat sich die Lebensqualität der Anrainer sehr verschlechtert. Seit Jahren wird beschwichtigt und die Geruchsbelästigung wird immer ärger. Die Grünen fordern die verantwortlichen Gemeindevertreter auf, endlich zu handeln und die Interessen der Tullner Bürgerinnen und Bürger mit Nachdruck zu vertreten. Auch die Behörde wird aufgefordert die Kontrollen zu verstärken und der Zuckerfabrik Maßnahmen vorzuschreiben, um die Geruchsbelästigung endlich zu beseitigen.



*Die Zuckerfabrik hat den Gestankswettbewerb mit der Tierkörperverwertung aufgenommen. Sie stink inzwischen genauso bestialisch.*



*Ein Juwel inmitten alter Bäume*

### Pavillon für klassische Konzerte.

Dieser Pavillon auf dem Gelände des Alten Krankenhauses wurde vor der Zerstörung bewahrt und restauriert. Der Pavillon wartet nun auf eine sinnvolle Verwendung. Er stand schon vor dem Umbau des Areals. Er wurde vorsichtig abgebaut, restauriert und wieder im Marc Aurel Park aufgebaut. Die Grünen schlagen vor, diesen Pavillon im Sommer für klassische Konzerte zu nutzen. Ein idealer Platz um in schöner Umgebung der klassischen Musik zu lauschen.

### Marc Aurel war nie in Tulln

Die Donaulände hat seit einem halben Jahr ein Denkmal mehr. Die große Marc Aurel- Statue „ziert“ plötzlich den Donauradweg. Vermutet der Betrachter nun, Marc Aurel wäre je hier in Tulln gewesen, sitzt er aber einem gewaltigen Irrtum auf. Denn Marc Aurel war niemals in Tulln.

Das Denkmal passt nicht zu Tulln, denn Marc Aurel hat keinen Bezug zu Tulln und er war während seiner ganzen Herrschaft nie in Tulln.

Dieses Denkmal ist ein großer kunsthistorischer Irrtum, der ohne Diskussion vom Bürgermeister und seiner Mehrheitspartei durchgezogen wurde. Der kunst- und kulturhistorische Auftrag wurde nicht erkannt. Deshalb setzen sich die Grünen weiterhin für einen Kunstbeirat ein. Der Kunstbeirat könnte eine Juryfunktion inne haben und somit persönliche Eitelkeiten und Größenwahnvorstellungen so mancher Gemeindepolitiker auf den Boden der Realität bringen. In Tulln leben genügend

Künstler, Architekten und Fachleute. Sie könnten ihr fachliches Know-How zur Auswahl von Kulturobjekten zur Verfügung stellen.



*Marc Aurel auf seinem Pferd schaut erwartungsvoll zur Tierkörperverwertung und zeigt mit seinem mächtigen Hinterteil auf Tulln*

### Langenlebarn:



*Diese Kreuzung lädt zum Rasen ein*

Die Kreuzung Oberfeldgasse/Langenlebarnstraße (B14) soll nach dem Vorschlag der Grünen rechtwinklig angebunden werden, da dadurch die Einfahrtsgeschwindigkeit deutlich herabgesetzt werden kann.

**Besuchen sie uns im Internet.**

**<http://www.gruene-tulln.at>**



**DIE GRÜNEN**  
Grüne Tulln - Ökologisches Bürgerforum



GR Mag. Johannes Scholz

## Grünes Mosaik

Die Grünen haben sich klar gegen einen privaten Wachdienst, der am Abend durch Tulln patrouilliert, ausgesprochen.

Statt der privaten Sheriffs in der Nacht, sollte die Stadtgemeinde mit der Gendarmerie ein Sicherheitspaket vereinbaren, um den Tullner Bürgerinnen und Bürgern mehr Sicherheit zu gewähren. Nur so kann die Sicherheit in unserer Stadt verbessert werden.

Die Tullner Bürgerinnen und Bürger sind durch die Sparmaßnahmen im Sicherheitsbereich verunsichert. Deshalb ist auch die schwarz- blaue Koalition aufgefordert, die Sparmaßnahmen im Sicherheitsbereich zurückzunehmen. Denn alle Bürgerinnen und Bürger haben das Recht auf Sicherheit. Sicherheit darf nicht ein Privileg für Bürger werden, die sich einen Wachdienst leisten können.

Ihr

GR Mag. Johannes Scholz

## Wir gratulieren!



**Unserer Obfrau Sonja Ledersberger zu der Geburt ihrer Zwillinge - und stellen gleichzeitig fest - wenn sie etwas macht, macht sie es grün-dlich!**

## Egger Lienz: Das nächste finanzielle Risiko

Vor wenigen Tagen wurde mit der Egger-Lienz-Ausstellung die nächste Großausstellung in Tulln eröffnet. Die Ausstellung ist sicher sehr interessant, ebenso interessant ist aber ihre Entstehungsgeschichte.

### Keine Planung

Schließlich wusste selbst unser Bürgermeister erst seit einigen Wochen, dass diese Bilder an Tulln verliehen werden. Eine ausreichende Planung und Vorbereitung war daher absolut unmöglich. Man gewinnt auch den Eindruck, dass Bürgermeister Stift nicht so genau gewusst hat, worauf er sich da eingelassen hat.

### Mehr Aufwand. Mehr Kosten.

Zu glauben, das Ganze würde genau so wie bei der Walde-Ausstellung ablaufen, stellte sich bald als Irrtum heraus: Die Bilder sind wesentlich größer und wertvoller, daraus ergeben sich große Kostensteigerungen bei Transport und Ver-

sicherung. Durch den größeren Platzbedarf der Bilder benötigt man, verglichen mit der Walde-Ausstellung, auch mehr Ausstellungsräume. Hinzu kommt, dass der Vertrag jenes Gemeindebediensteten, der die Walde-Ausstellung organisiert hat, zur Verwunderung vieler nicht verlängert wurde. Sein Posten wurde mit einem ehemaligen ÖVP-GR besetzt, der sich natürlich erst einarbeiten muss.

### Geschätzter Verlust: 1 Million

Geplant ist für die Ausstellung ein Defizit von ATS 1.000.000 (Euro 72.672,83). Hoffentlich sind an Egger-Lienz trotz Wintersaison mehr Leute interessiert, als an Walde, damit das geplante Defizit wenigstens nicht überschritten wird. In Zukunft sollte die Stadtgemeinde Tulln bei solchen Großprojekten, seien es nun Ausstellungen oder Konzerte auf der Donaubühne, besser planen und vorbereiten. Motto: „Weniger ist oft mehr.“

Mag. Rainer Patzl

# „Wer Straßen sät - wird Verkehr ernten“

Bekannt ist diese Tatsache seit den 60er Jahren. Auch der Verkehrsexperte Prof. Knoflacher, von dem sich die Gemeinde Tulln einmal beraten ließ, predigt dies. Hängen geblieben ist aber davon bei den Tullner Stadtvätern nicht viel.

**Ausbau der B19 - Fernfahrerglück**  
Schon der Ausbau der B19 wurde seinerzeit stark vom damaligen Herrn Vizebürgermeister Stift betrieben. Zur großen Freude der Fernfahrer. Denn als diese Straße ausgebaut war, hatten sie endlich eine neue Straßenverbindung in den Norden, mit der sie Wien umfahren konnten. Anschließend war das Jammern über den Durchzugsverkehr in Tulln groß. Und die nächste Glanzidee wurde geboren: eine neue, zweite Brücke über die Donau muss her.

## *Die neue Donaubrücke - eine Fehl-investition*

Mit enormem Kostenaufwand wurde die neue Donaubrücke gebaut. Viele Quadratmeter Auwald wurden ihr geopfert und sie erforderte auch gleich den weiteren Ausbau der Anschlussstrecke zur Schnellstraße nach Krems. Diese musste natürlich auf vier Spuren erweitert werden. Und als das alles fertig war, wunderte man sich, dass die Gemeinde Langenrohr auf die Idee kam, an dieser tollen Straßenverbindung ein neues Einkaufsparadies zu bauen. Das war dem Herrn Bürgermeister aber gar nicht recht.

Schließlich sollten die neuen Straßen ja viele Autofahrer zu den Kaufhäusern der Stadt Tulln bringen. Seither ist der Herr Bürgermeister etwas böse auf die Frau Bürgermeisterin von Langenrohr.

## *Süd-Umfahrung - Wien-Umfahrung?*

Den Ausbau der Umfahrung von Tulln betreibt Bürgermeister Stift aber lustig weiter. Bald werden die Lastwagenfahrer sich wieder darüber freuen können, wie elegant sie nach Königstetten und weiter nach Klosterneuburg kommen können. Leider ist es dort derzeit noch etwas eng und die Gemeinde Königstetten muss jetzt über eine Umfahrung und die Gemeinde Klosterneuburg über einen Tunnel nachdenken. Das kümmert aber unseren Bürgermeister wenig. Er bewacht lieber den eigenen Kirchturm. Die anderen sollen jetzt schauen, wie sie weiterkommen.

Aber der starke Verkehr, den wir gerufen haben, ist jetzt da. Zumindest die Straßen und die Abgase - mit allen negativen Folgen. Politik mit Weitblick sieht anders aus. Denn sobald die ehemaligen Oststaaten zur EU kommen, wird sich der Verkehr versechsfachen. Wegen des Ausbaus der Straßen um Tulln wird sich ein großer Teil davon bei uns durchwälzen. Der Weg über Tulln wurde sogar schon im Zusammenhang mit einer Umfahrung von Wien genannt. War das das Ziel unserer Verkehrspolitik?

*Johannes Hopfmüller*

# Grünes Teleskop



GR Mag. Rainer Patzl

Die Stadt Tulln hat beim vorläufigen Ergebnis der Volkszählung stark zugelegt. Diese Zunahme ist für die Stadtfinanzen sehr erfreulich, da in Österreich die Einwohnerzahl einer Gemeinde bei der Verteilung der Finanzmittel eine wichtige Rolle spielt.

Doch dieses massive Bevölkerungswachstum verursacht auch Probleme: Tulln wächst langsam aber sicher in eine andere Stadtkategorie. Tulln steht daher vor anderen, neuen Herausforderungen. Eine Fortschreibung der bisherigen Politik, nach dem Motto: „Das war schon immer so. So machen wir das seit 30 Jahren“ führt daher immer öfter zu unbefriedigenden Lösungen.

Die derzeitige Stadtführung besteht zu einem sehr großen Teil aus Männern, die bereits sehr lange im Gemeinderat und im Stadtrat sitzen. Ob alle diese erfahrenen Herren aber noch so lernfähig sind, die alten, eingefahrenen Denkmuster zu verlassen, wage ich zu bezweifeln. Kompetente Nachfolger sind in der Tullner Volkspartei allerdings keine in Sicht.

Wie viele junge Menschen in Tulln frage ich mich daher, wann endlich der große Wechsel kommt. Schließlich geht es um die Zukunft unserer Stadt.

Ihr

*GR Mag. Rainer Patzl*

## Optimale Zinsen für Ihr Ersparnis

Kennen Sie eigentlich den aktuellen Zinssatz auf Ihrem Sparbuch? Vielen Sparern ist er nicht bekannt. Es ist ja auch gar nicht so einfach, mit den laufenden Änderungen und Neuerungen an der Zinsfront Schritt zu halten und auf dem jeweils aktuellen Informationsstand zu sein.

Die Oberbank Tulln bietet Ihnen eine seriöse und kompetente Information. Gern beraten wir Sie, wie sie die Verzinsung Ihres Ersparnis optimieren können. Das Zinskarussell ist ständig in Bewegung

Nutzen Sie Ihre Chance und informieren Sie sich in einem unverbindlichen Beratungsgespräch bei den Mitarbeitern der Oberbank Tulln  
Wolfgang Sinabell und sein Team freuen sich auf Ihren Besuch

Oberbank Tulln, Albrechtsgasse 12,  
3430 Tulln, Tel (02272) 63941

**Oberbank**  
3 Banken Gruppe



# Donaubühne ein millionenschweres Desaster

## Die Grünen fordern: Schluss mit den Großkonzerten!

Ohne Konzept ließ Bürgermeister Stift eine rd. 20 Mio. teure Donaubühne samt halber Infrastruktur errichten. Vor allem die Großveranstaltungen reißen jährlich ein tiefes Loch in das Budget der Stadtkassa. Dieses Jahr müssen wir mit einem Verlust von über 2 Mio. rechnen. Jetzt ist guter Rat teuer. Die Mehrheitspartei mit ihrem Bürgermeister weiß nicht so recht, was mit der Donaubühne passieren soll. Ein Veranstaltungsmanager soll nun Wunder bewirken und die Donaubühne aus den roten Zahlen bringen. Bei der Präsentation der verschiede-

nen Konzepte wurde eines klar: Kein vernünftiger Veranstaltungsmanager ist be-

reit, das finanzielle Risiko für solche „Großveranstaltungen“ zu übernehmen.

Wenn die Stadt Tulln weiterhin solche Veranstaltungen durchführen will, muss sie mit einem jährlichen Verlust in der Höhe von mindestens zwei Millionen Schilling rechnen. Die Donaubühne wird zu einem millionenschweren Desaster. Für andere wichtige Vorhaben wie das Sozialzentrum, das Sportzentrum, oder den Radwegenetzausbau fehlt das Geld. Die Grünen fordern deshalb den Ausstieg aus den Großkonzerten und schlagen vor, kleine aber feine Veranstaltungen auf der Donaubühne durchzuführen.

Mag Johannes Scholz



Die Donaubühne mit ihrer WC-losen Infrastruktur hat schon fast 20 Mio. ÖS verschlungen.

## Neues von den Tullner Grünen

### Wechsel...

Gemeinderat Mag. Johannes Scholz hat die Aufgabe des Bezirksverantwortlichen für den gesamten Bezirk Tulln übernommen, und ist auch



seit einiger Zeit Vorsitzender des Grünen Gemeindevertreterverbandes, der die Interessen aller grünen GemeinderätInnen in ganz Niederösterreich vertritt.

Die Fülle der Aufgaben, insbesondere in Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen in Niederösterreich ließ es daher als sinnvoll erscheinen den Fraktionsvorsitz bei den Tullner Grünen abzugeben. Diese Funktion wird ab sofort von Gemeinderätin Liane Marecsek wahrgenommen.

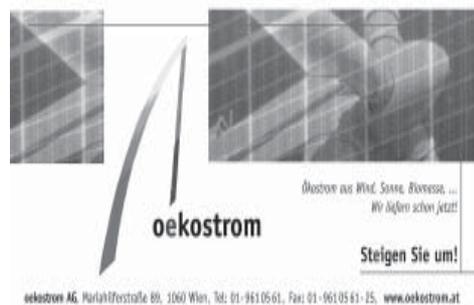
Die Grünen Tulln wünschen ihr dabei ebensoviel Erfolg wie unserem Johannes Scholz, der dem Tullner Gemeinderat natürlich mit vollem Einsatz erhalten bleibt.

### Veranstaltung:

Vor wenigen Wochen luden wir zu einer sehr interessanten und gut besuchten Veranstaltung zum Thema Ökostrom.

Als Gast konnten wir Hr. Mag. Peter Molnar vom Unternehmen Oekostrom begrüßen, der das Thema Stromliberalisierung und die Möglichkeit auf Atomstrom zu verzichten, kompetent und anschaulich erklärte.

Nach seinem Vortrag entwickelte sich eine angeregte Dis-



kussion, die zeigte wie wichtig der Bevölkerung der Verzicht auf Atomstrom ist. Dabei stellte sich auch heraus, dass bei Haushalten mit geringem Stromverbrauch der Umstieg auf Ökostrom nur keine bis geringe zusätzliche Kosten verursacht.

<http://www.gruene-tulln.at>

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Die Grünen Tulln - Ökologisches Bürgerforum

3430 Tulln a. d. Donau, Kirschenallee 9/3

Für den Inhalt verantwortlich: Gemeinderatsfraktion DIE GRÜNEN TULLN, Verlagspostamt 3430 Tulln

Redaktion: Rainer Patzl, Erika Simanó, Sonja Ledersberger. Layout: Rudi Simanó

